

dasse waren wird, zu verfangen. Ungeheuerliches ist dem Reichsbewußtsein der Massen in der deutschen Republik schon zugemutet worden. Soll ihm von der Justiz der Gegenrevolution jetzt das Ungeheuerliche, das Unlaubliche zugemutet werden? Es ist eine Schicksalsfrage, die zur Antwort steht!

Runges Geständnis.

Die Freiheit bringt ein vom 8. Januar 1920 datiertes schriftliches Geständnis des Husaren Runge, das die Verbrechen Liebknecht und Rosa Luxemburgs, die Offiziere des Stabs der berühmtesten Garde-Schützen-Kavallerie-Division, die Offiziere des Edenhotels, reiflos enthüllt.

Runge war versprochen worden, daß er seine Gefängnishaft nicht abzubüßen brauche. Er nahm deshalb die Hauptschuld vorbehaltungslos auf sich, zumal er auch durch größere Geldbeträge bestochen war und weitere materielle Hilfe in Aussicht hatte. Runge ist aber später von seinen Hintermännern in Stich gelassen worden, das hat ihn veranlaßt, vor einem Jahr in einer Berliner Militärarrestanstalt, wo er damals untergebracht war, das schriftliche Geständnis abzulegen.

Die Freiheit besitzt das Original. Es lautet:
Am 15. Januar 1919 wurde ich abends zwischen 7 bis 9 Uhr als Wächter vor das Hauptportal des Eden-Hotels zusammen mit dem Jäger zu Pferde Dräger kommandiert. Gegen 9 Uhr wurde alles laut und kam in Erregung, weil es hieß, Liebknecht und Luxemburg seien eingekerkert. Ich erhielt sofort mehrere Befehle von Offizieren und Wachtmelstern und es wurde bemerkt, daß diese Bande das Eden-Hotel nicht wieder lebend verlassen dürfe.

Was die Sache Liebknecht anbetrifft, hatte ich strikten Befehl von Offizieren, diesen Lumpen niederzuschlagen mit dem Kolben an der Stelle, wo er herauskommt. Ich war neu und konnte die Offiziere nicht erkennen, sah aber nachträglich, daß es meist meine Mitangeklagten waren. Was die Luxemburg anbetrifft, kamen Offiziere zu mir und sagten, ich solle ihnen den Befehl, daß die Luxemburg das Eden-Hotel nicht mehr lebend verläßt, merken Sie sich das! Kapitänleutnant von Pflug Hartung schrieb sich meinen Namen auf und sagte zu mir: „Sie wird Ihnen ja durch den Oberleutnant Vogel in die Arme geführt, so daß Sie nur zuschlagen dürfen.“ Also Luxemburg ins Auto gejerrt wurde, sprang beim Abfahren noch einer hinten auf und schoß Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf, was ich genau in der kurzen Entfernung sehen konnte. Er sprang dann ab, und ging von der Nürnberger Straße ins Eden-Hotel zurück.

Gleich darauf kam ein Offizier vor das Portal zu mir und sagte, ich solle sofort nach oben 4 Treppen gehen und da Ordnung schaffen. Mit denen da oben ist nichts los, das sind Schelmer. Da ist auch der von der „Roten Fahne“, ich gebe Ihnen den Befehl, ihn sofort zu erschließen. Auf der Treppe kam mir ein Wächtermeister entgegen und sagte, ich solle sofort nach oben kommen und Ordnung schaffen. Sie haben den Befehl, den Redakteur von der „Roten Fahne“ zu erschließen. Ich sagte ihm, daß ich schon meine Befehle hätte und woher er den seinen habe. Da antwortete er mir:

Die Befehle kommen von Hauptmann Pahl.

Oben angekommen, stand ein Mann an der Wand, einer sah daneben. Ein Wächtermeister befahl mir, das Gewehr zu entladen und beim dritten Male, wenn er wieder zurückkomme, solle ich sofort schießen; denn das sei das Zeichen. Ich hatte das Gewehr schon eingezogen, mir kamen aber Bedenken und nahm es wieder ab und auch der Mann der „Roten Fahne“ kam zu mir und sagte, er hätte noch einen Auftrag zu erledigen. Er wurde in ein Zimmer geführt und beim Verlassen sagte ein Offizier zu einem Wächtermeister: „Führen Sie den Mann ab und sorgen Sie dafür, daß nichts passiert.“ Ich ging dann wieder auf Posten zurück und Dräger sagte mir: „Nun hast Du den da oben wohl doch nicht erschossen, er hat ja so lange gedauert.“

Inzwischen waren die andern zurückgekommen und brüskierten sich:

Liebknecht haben wir eine gebrannt.

Es wurde eine Panne markiert und so die Flucht künstlich herbeigeführt. Das hat mir auch Oberleutnant von Pflüggen später in der Untersuchungshaft noch einmal gesagt, er sagte auch, er habe das Anzucken der Pistolen gehört. Ueber Luxemburg hieß es: „Die alte Sau schwimmt schon.“

Ueber meine Flucht habe ich folgendes zu sagen: Ich wurde anfangs im Eden-Hotel von allen beglückwünscht und mir wurde gesagt, Ihnen passiert nichts, dafür werden wir schon sorgen. Sie kommen nach ein anderes schönes Städtchen und es wird für Sie gesorgt. Als ich eines Abends von Posten kam und durch den Zoo ging, kam mir Leutnant Lepmann mit dem Jäger Friedrich entgegen. Leutnant Lepmann sagte zu mir: „Na Mensch, Sie suchen ich schon lange. Sie müssen fort, Sie müssen flüchtig werden, sonst liegen wir alle ins Zuchthaus.“

Auch meine sämtlichen Vorgesetzten vom Jägerregiment zu Pferde drangen auf mich ein, daß ich flüchtig werden müsse. Leutnant Lepmann brachte mich dann vom Werbebureau aus zu dem Husarenregiment Nr. 8. Ich verständigte auch da sofort meine Vorgesetzten eingehend über die Vorgänge und wurde sofort als ein Held angesehen. Eines Tages im Januar oder Anfang Februar 1919 war ich mit dem Reintigen der Gulaschkanone beschäftigt. Es kamen zwei Kinder auf den Hof, wo die Gulaschkanone stand und sagten: „Husar Runge soll auf die Straße zu einem Soldaten kommen.“ Ein Unteroffizier kam mir entgegen und sagte: „Runge, ich bin auf Befehl hierhergeschickt worden vom Adjutanten der 8. Husaren, Freiherrn von (Name unleserlich) im Briefe. Die Red der Freiheit.“ Er hat den Haftbefehl gegen Dich, Du sollst verhaftet werden, das darf nicht sein. Hier ist die Abschrift vom Haftbefehl.“ Er gab mir 240 Mk. und einen Militärfaßschein nach Köln.

Ich setzte sofort meinen Rittmeister davon in Kenntnis, wurde gelächelt und der Rittmeister Weber sagte, ich soll machen, daß ich fortkomme, mich aber im Eden-Hotel noch einmal melden. Was ich auch tat. Im Eden-Hotel ging die Sache weiter, es wurde mir gesagt, der Haftbefehl wird nicht eher losgelassen, bis Sie fort sind. In meine Wohnung wurden mir 4000 Mk. gebracht und ein Zettel, ich solle nach Prag fahren und mich auf dem deutschen Konsulat bei dem Konsul Schwarz (der später in das samoje Staatskommisariat für öffentliche Ordnung kam) Die Red. der Freiheit) zur weiteren Beschäftigung melden. Das verweigerte ich, weil ich keinen Auslandspaß hatte. Ich wurde dann 4 Tage in der Wohnung des Leutnants Lepmann in der Kurfürstenstraße gefangen gehalten, bis es den Leuten auffällig wurde. Dann erhielt ich einen Militärfaßschein nach Flensburg und falsche Papiere, die mir bei meiner Verhaftung abgenommen wurden.

Die Untersuchung ist eine Komödie gewesen. Ich sprach mit Artilleriegerichtsrat Börs wiederholt privat und er sagte mir: „Nehmen Sie ruhig alles auf sich, 4 Monate werden es nur und Sie können sich dann immer wieder an uns wenden, wenn Sie in Not sind.“

Die Zellentüren standen stets offen. Sämtliche Angeklagten machten den Richter, ich mußte den Angeklagten spielen, und es wurde immer wieder gesagt, wenn ich meine Aussagen nicht richtig einlernte, läge mal eine Handgranate im Bett, wenn ich schlafen ginge. Ich wurde auch beeinflusst zu der Aussage, daß ich die falschen Papiere, die mir die Offiziere gaben, von Spartakisten in der Weinmüllerei gekauft hätte. Die Offiziere haben oft bis 12 Uhr nachts ihren Damenbesuch in den Zellen gehabt, mit Musik, und der Wein ist geflossen. Mit dem Stab des Eden-Hotels stand ich öfters in telefonischer Verbindung. Ich mußte ihm von meiner Flucht genau angeben, mit welchem Trupp ich nach Klenobura fahre und wenn ich dort ankomme. Husar Otto Runge.

Die Entwaffnungsfrage.

Die französische Regierung überließ die Regierung der Vereinigten Staaten eine Erklärung, in der es heißt, daß sie nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu besetzen oder die deutsche Besatzungszone auszuweiten. Sie müsse sich aber das Recht vorbehalten, zu verlangen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage im Sinne des Friedensvertrages nachkomme. Im Anschluß daran veröffentlichte das amerikanische Staatsdepartement eine Erklärung, in der es heißt, daß gegenwärtig keine Mittelungen über die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit gemacht werden könnten.

Die französische Regierung scheint endlich zur Einsicht gekommen zu sein, daß sie sich mit der Besetzung des Ruhrgebietes nur ins eigene Fleisch schneiden. Aber damit ist nicht gesagt, daß sie nicht für den Fall, daß die deutsche Regierung, als Gefangene der Reaktion, bei ihrer Weigerung die Entwaffnung nach den Friedensbestimmungen durchzuführen, an andere Zwangsmassnahmen denkt, die in ihrer Wirkung einer Besetzung des Ruhrgebietes gleichkommen. Dies geht auch aus folgender Meldung hervor:

Paris, 8. Januar. Excellior will am Quai d'Orsay erfahren haben, daß die englische und die französische Regierung über die Art und Weise sich verständigt haben, wie die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt werden soll. Sowohl in England wie in Frankreich sei man jetzt entschlossen, alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Entwaffnung Deutschlands durchzuführen. Beide Ministerpräsidenten würden sich noch über die gegebenenfalls zu treffenden Sicherungen verständigen.

Bestätigt hat diese Meldung, so hat die alte plumpe, kloher stets fehlerhafte Politik der Alldeutschen und der in ihren Bahnen wandernden Regierung, die angeblichen Gegenläufe zwischen Frankreich und England für ihre Zwecke auszunutzen, wieder einmal kläglich Schiffbruch gelitten, obwohl auch diesmal mit Fälschungen nicht gespart wird, um der deutschen Öffentlichkeit diese Gegenläufe größer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich sind. So weist die Volkliche Zeitung nach, daß das Volkliche Telegraphenbureau die Reutersnote vom 4. d. Ms. entlehnt wiedergegeben habe. In der Note sei die Uebereinstimmung der englischen Auffassung mit der französischen sehr viel härter betont worden, als es nach dem Volkliche-Ausgang ist.

Es muß also damit gerechnet werden, daß die Ententeeregierungen in der Entwaffnungsfrage einig vorgehen und die Entwaffnung der Einwohnerwehren innerhalb einer zwei bis dreiwöchigen Frist unter Androhung schwerer Zwangsmassnahmen fordern werden. Dann wird sich die deutsche Regierung entscheiden müssen, ob sie den ernsthaften Willen und die Macht besitzt, der bewaffneten Reaktion entgegenzutreten, oder ob sie durch ihre Vorhubeilung der reaktionären Bestrebungen Deutschland in noch tieferes Elend stürzen will.

Die Entwaffnungsfrage und die Pläne des Gaufgenerals Hoffmann.

Die am 10. Januar in Paris stattfindende Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten soll sich nur mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands beschäftigen. Der Pariser Temps ist einigermassen empört darüber, daß, wie der Londoner Korrespondent des Pariser Matin erfahren haben will, in England sich eine Genehmigkeit zeigt, die Entwaffnung der bayrischen und ostpreussischen Einwohnerwehren drittelweise nach je 3 Monaten vornehmen zu lassen. Eine solche Ermüdung der Monarchisten würde als eine Zustimmung zu dem Plan ausgelegt werden, eine mächtige deutsche Armee wieder aufzurichten, die vernichtet mit einigen Kontingenten der Entente auf Moskau marschieren, die Sowjet-herrschaft vernichten und Rußland während einer längeren Organisationsperiode besetzt halten soll. England sei planmäßig in Europa Zwietracht, um über die Meere, ja über die ganze Welt zu herrschen. Die englische Ermüdung der bayrischen und preussischen Monarchisten würde Frankreich früher oder später einer neuen Einfallsbrotzung aussetzen. Der Plan einer Niederwerfung Moskaus sei vom General Hoffmann und einem in noch höherem Rufe stehenden preussischen General als bestimmt formulierter Vorschlag der Entente zur Kenntnis gebracht worden.

Die Faust des Generals Hoffmann, die in Brest-Litowsk auf den Verhandlungstisch geschlagen hat, diese Faust, in der sich der noch immer springlebendige deutsche militärische Geist verkörpert, zuckt schon wieder vor Kampfbegierde, ballt sich schon wieder zusammen, um durch ihr Dreinschlagen die schweren Probleme des Ostens mit einem Schlag zu lösen und in Deutschland und Rußland die Reaktion zum Siege zu führen.

Wir haben auf die Pläne der Konterrevolution, die sich auf eine stets anwachsende wohlorganisierte und glänzend bewaffnete, militärische Macht stützen können, wiederholt hingewiesen. Nun wird uns vom Temps, dem man in dieser Sache wohl Glauben schenken darf, bestätigt, daß wir nicht gestunert haben, sondern daß tatsächlich ein ausgearbeiteter Plan der Orgesch-Generäle zur Niederwerfung des deutschen und russischen Proletariats vorliegt. Denkt man an die gewaltige Militärmacht, über die die Reaktion verfügt, an den Rückhalt, den sie heute noch in welken Schichten der Bevölkerung findet, den man andererseits an die Ohnmacht, zu der die wachsende Zerspaltung des Proletariat verurteilt hat, so wird man diese Pläne nicht phantastisch finden, sondern mit ihnen als der furchtbarsten Gefahr, die dem deutschen Proletariat droht, rechnen müssen.

Im übrigen bestätigt die Meldung des Temps, daß im Lager der Entente Gegenläufe in der Frage der Entwaffnung Deutschlands bestehen, an denen sich wieder einmal die Reaktion ihr Stüppchen tochen kann.

Das Reichsverkehrsministerium schweigt.

Die Beunruhigung über die beabsichtigte Stimmisierung der Reichseisenbahnen wächst. Nachdem unsere Parteipresse auf die reaktionären Absichten des Reichsverkehrsministeriums aufmerksam gemacht hat, verlangt nun auch der Vorwärts, sowie ein Teil der bürgerlichen Presse dringend Aufklärung vom Reichsverkehrsministerium. Auf der einen Seite wendet man sich gegen die beabsichtigte Stimmisierung der Reichseisenbahnen, die die Gefahr des Einbringens ausländischen Kapitals mit sich bringt und unsere Bahnen schließlich an das Ausland verpfändet, auf der andern Seite protestiert man gegen die neue parlamentarische Zerspaltung der Reichseisenbahnen. Auch in den Handelskammern wächst die Beunruhigung. Das Reichsverkehrsministerium aber schweigt hehrlich. Es hat scheinbar ein sehr schlechtes Gewissen. Die Handelskammer in Leipzig hat vier Forderungen aufgestellt, zu denen das Reichsverkehrsministerium sich wird äußern müssen. 1. Eine einheitliche Leitung des Tarif- und Fahrplanwesens, sowie eine einheitliche Aufsicht über den Betriebs- und Verkehrsdienst, über die Bauausführung, das Personal und die Finanzverwaltung. 2. Die Forderung nach Wahrung der wirtschaftlichen Zusammenhänge bei der Neuverteilung der Bezirke ohne Rücksicht auf politische Grenzen.

(Eine Forderung, die in größerem Umfang bereits von unsrer Fraktion in einem Antrag im Reichstag ausgesprochen wurde.) 3. Die Anwendung kaufmännischer Grundzüge bei der Wirtschaftsführung der Reichseisenbahnen. 4. Entpolitisierung der Eisenbahnverwaltung. — Das Reichsverkehrsministerium schweigt bisher auch zu diesen Forderungen. Schweigen scheint jetzt die neueste Methode der Reichsregierung zu sein. Man wird die Herren also im Reichstag zum Reden bringen müssen.

Vor der Entscheidung.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner und Beamten geht der Entscheidung entgegen. Nachdem die großen Organisationen ihre Forderungen gestellt, den 18er-Ausschuß mit den Verhandlungen mit der Regierung beauftragt hatten und das Ergebnis der Verhandlungen nun vorliegt, ist es an den Eisenbahner und Beamten, weitere Beschlüsse zu fassen, und die gemeinschaftliche Taktik festzustellen. Das Verhandlungsergebnis ist nach Ansicht der Eisenbahner völlig ungenügend. Weil die Bewegung von außerordentlich weittragender Bedeutung ist, seien die Forderungen und das Ergebnis der Verhandlungen kurz noch einmal angeführt:

Der Vorschlag der Organisation sah für die Arbeiter eine allgemeine Erhöhung der bereits nach Ortsklassen abgestuften beamtlichen Teuerungszulage um 1 Mk. die Stunde vor. Für die Beamten wurde eine Staffelform mit fallenden Sätzen für die höheren Gruppen der bis jetzt einheitlich auf 50 Prozent vom Grundlohn und Ortszuschlag festgesetzten Teuerungszulage nach Gehaltsstufen gefordert, beginnend mit einer Erhöhung um 40 Prozent bei den niedrigsten Gehältern, um in Abstufungen von je 5 Prozent bei den höchsten Gehaltsgruppen eine Erhöhung der Gehaltsätze um 10 Prozent zu erreichen. Diesem Vorschlag stellen wir das Verhandlungsergebnis gegenüber. Es soll demnach bewilligt werden:

a) für Beamte eine Erhöhung des Teuerungszuschlags in	
Ortsklasse A	auf 70 Prozent
„ B	„ 65 „
„ C	„ 60 „
„ D und E	„ 55 „
b) für Lohnempfänger soll die Teuerungszulage in	
Ortsklasse A um 50 Pfg.	
„ B	„ 40 „
„ C	„ 30 „
„ D	„ 20 „
„ E	„ 10 „

die Stunde erhöht, und daneben für Orte mit besonders hohen Industriehöhen ein mäßiger Uebersteuerungszuschlag gezahlt werden. Die in Betracht kommende Mehrausgabe beträgt für die Beamten rund eine halbe Milliarde Mark. Ungefähr ebenso hoch ist der Betrag für die Arbeiter, so daß also die Mehrausgabe für die Eisenbahner allein ungefähr eine Milliarde beträgt. Den übrigen Beamten und Arbeitern des Reiches und der einzelnen Länder muß naturgemäß das gleiche gegeben werden, so daß die Mehrausgabe insgesamt 2 1/2 Milliarden beträgt.

Ein Kompromißvorschlag der Verhandlungskommission, für die Beamten eine Kombination zwischen Gehalts- und Ortsklassen vorzunehmen, wurde entschieden abgelehnt.

Gegen die Versuche von bestimmter Seite, die Eisenbahner in Teilstreiks zu bringen und so die gesamte Bewegung zu zerreißen und zu lähmen, muß sich die Eisenbahner- und Beamtenchaft strikte wenden. Aus dem Rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich ein Aktionsauschuß an den 18er-Ausschuß in Berlin mit einem Telegramm folgenden Inhalts gewandt:

„Bisher bekanntgewordene Ergebnisse der Verhandlungen haben im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die größte Ausregung hervorgerufen. Aktionsauschuß warnt deshalb den 18er-Ausschuß, das bekanntgegebene Abkommen abzuschließen. Solchen sind unabsehbar. Eisenbahner des Westens sind nicht gewillt, sich zufrieden zu geben und steht Sonderaktion in Aussicht.“

Wer hinter dem Aktionsauschuß steckt, ist leicht zu erraten, wenn man die kommunistischen Gruppen in Berlin an der Arbeit sieht. Dort wollen sie die Eisenbahnerbewegung für ihre Parteiinteressen benutzen und hatten die für den Sonntag geplante Eisenbahnerdemonstration für ihre Parteidemonstration auszunutzen wollen, worauf die Eisenbahnerorganisationen ihre Demonstration abgelehnt haben. Durch dieses Vorgehen haben die Kommunisten die Eisenbahnerbewegung schwer geschädigt, denn die Demonstration der Eisenbahner wäre sicher wichtig ausgefallen.

Der Aktionsauschuß der verbündeten Eisenbahnergewerkschaften in Sachsen nimmt zu dem Verhandlungsergebnis in folgender Weise Stellung:

„Die Neuregelung der Gehälter und Löhne der Eisenbahnbeamten und Arbeiter kann nicht die Befriedigung auslösen, die man von einer solchen Regelung erwarten mußte. Die ganz unsoziale Abstufung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen bewirkt, daß die bis jetzt schon bestehenden großen Unterschiede zwischen den Ortsklassen nur noch mehr vergrößert werden. Es muß festgestellt werden, daß die Zugeständnisse der Reichsregierung im Gegenzug zu anderslautenden Meldungen als vollständig ungenügend zu bezeichnen sind. Der 18er-Ausschuß in Berlin hat nach zuverlässigen Mittelungen nur unter Vorbehalten sich zu einer vorläufigen Zusage bereit gefunden und dabei auf die Unzulänglichkeit der Regierungsvorschläge ausdrücklich hingewiesen. Durch die starre, ablehnende Haltung der Reichsregierung ist die Situation nur verschärft worden. Es ist verfehlt, von einer Einigung zu sprechen, solange nicht die Bezüge auch in den niederen Ortsklassen bis zur Lebensnotwendigkeit erhöht worden und von Seiten der Reichsregierung Schritte eingeleitet sind, die alten Forderungen des Preisabbaues usw. in die Tat umzusetzen. Die Leitungen aller sächsischen Eisenbahnerorganisationen haben noch in gesteiger Nachsicht in diesem Sinne ihren Willen kundgegeben. Das entscheidende Wort werden in dieser Sache die Zentralvorstände der Eisenbahnergewerkschaften zu sprechen haben, die für gestern, heute und morgen telegraphisch nach Berlin berufen worden sind. Die stürmischen Kundgebungen aus allen Orten Sachsens legen Zeugnis ab von der Entrüstung aller Eisenbahner über die völlig unzulängliche Regelung der Besoldungsverhältnisse. Das Ergebnis dieser außerordentlich bedeutungsvollen Entscheidungen wird abgewartet werden. Die Lage ist ernster denn je.“

Bereitete Eisenbahnerkundgebung in Berlin.

Die Berliner Ortsgruppe des deutschen Eisenbahnerverbandes hatte zum Sonntag eine Demonstration in der Verammlung in den Lustgarten einberufen. Wurde die Ein-